

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Rede der GEW-Landesvorsitzenden Doro Moritz

Kundgebung am Tag der Menschenrechte
Dienstag, 10. Dezember 2019, 15:30 Uhr

Endlich einen Schlusstrich unter die Politik der Berufsverbote ziehen!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
liebe Freundinnen und Freunde,

heute begehen wir wieder den Tag der Menschenrechte. Er ist der Gedenktag zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die am 10. Dezember 1948 durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet wurde. An diesem Jahrestag erneuern wir unsere Forderung: Die Berufsverbote müssen endlich aufgearbeitet werden. Es ist traurig, dass wir heute hier stehen müssen. Und es ist gut, dass wir hier sind!

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“ Das ist der zentrale Satz, der das Zusammenleben in der Gesellschaft im privaten und politischen Raum, im Frieden und in gewalttätigen und kriegerischen Auseinandersetzungen, der das Handeln jedes und jeder Einzelnen und der politisch Verantwortlichen bestimmen muss. Es geht um rechtswirksamen Schutz gegen erlittenes Unrecht.

Menschenrechte werden vielfach verletzt. Dabei klagen wir vor allem Menschenrechtsverletzungen außerhalb von Deutschland an. Wir fordern ein entschlossenes Vorgehen gegen Folter in der Welt. Wir fordern den Stopp von Waffenexporten in Konfliktländer. Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche vor Menschenrechtsverletzungen aufgrund von bewaffneten Konflikten und anderen Gewalttaten geschützt werden. Die Geflüchteten weisen uns auf einen aktuellen Brennpunkt von Menschenrechtsproblemen hin.

Wir in Deutschland leben in einer Demokratie. Wie sieht es bei uns mit den Menschenrechten aus? Michael Csaszókóczy musste sich noch zwischen 2004 und 2007 des Extremismusverdachts erwehren, den Baden-Württemberg und Hessen wegen seines Engagements in antifaschistischen Gruppen gegen ihn erhoben hatten. Er engagiert sich weiter gegen Faschismus, gegen Rechts. Er lässt sich nicht einschüchtern. Wir sind solidarisch mit dir, Michael!

Von den Berufsverboten und dem Radikalenerlass waren sehr viele Lehrerinnen und Lehrer betroffen, oft GEW-Mitglieder. Viele erhielten von ihrer GEW Rechtsschutz, doch manche wurden als linksextremistisch ausgeschlossen. Grundlage waren die Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Sie sind wieder aus der Satzung entfernt.

Jetzt diskutieren die Innenminister, wie mit rechtsextremistischen Umtrieben im öffentlichen Dienst umzugehen ist. Und es gibt gewerkschaftliche Diskussionen über einen erneuten Unvereinbarkeitsbeschluss.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir lehnen es ab, dass die bloße Mitgliedschaft in einer Organisation zur Entfernung aus dem Dienst ausreicht. Wir erwarten, dass der Dienstherr in jedem Einzelfall konkrete Verfehlungen als Grundlage für die Entlassung und für Disziplinarmaßnahmen heranzieht.

Schon 1995 hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) die deutsche Berufsverbotspraxis als Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) verurteilt. Die Betroffenen sind bis heute nicht rehabilitiert. Sie sind auch nicht für das ihnen zuteil gewordene Unrecht entschädigt worden.

Der GEW-Hauptvorstand auf Bundesebene hat den 40. Jahrestag des Radikalenerlasses zum Anlass genommen, bei einer großen Veranstaltung in Göttingen die Geschichte der Berufsverbote aufzuarbeiten. Er hat die Politik in Bund, Ländern und Kommunen aufgefordert, demokratisches Engagement zu fördern und die menschenunwürdige Gesinnungsschnüffelei gegen politisch aktive Menschen mit linker Orientierung zu stoppen.

Die Berufsverbote waren nicht nur ein Akt der Gesinnungsschnüffelei. Sie haben in vielen Fällen zu erheblichen Beeinträchtigungen von Biographien geführt, zu psychischen Erkrankungen, sie haben Berufsperspektiven zerstört, sie führen Betroffene in Altersarmut. Deshalb ist eine moralische und finanzielle Rehabilitation der Betroffenen notwendig.

Die GEW bewertet den „Radikalenerlass“ und die darauf beruhende Politik der Berufsverbote als eine politisch und rechtsstaatlich falsche Entscheidung, die eine verhängnisvolle gesellschaftliche Entwicklung in Gang gesetzt hat. Die Politik der Berufsverbote war und ist verfassungswidrig.

Die GEW hat Landesregierung und Landtag aufgefordert, diese Fehlentscheidung einzugestehen und die notwendigen Maßnahmen zu treffen, die zur Aufarbeitung, zur Rehabilitierung und Entschädigung derjenigen demokratischen Aktiven erforderlich sind, die von Berufsverboten betroffen waren oder sind.

Ministerpräsident Kretschmann schrieb uns schon vor sechs Jahren, dass die Landesregierung den 40. Jahrestag des sogenannten Radikalenerlasses zum Anlass nehmen wird, die Vorgehensweise und den Umgang mit den damaligen Regelungen zur Prüfung der Verfassungstreue wissenschaftlich aufzuarbeiten. Es gibt inzwischen ein Forschungsprojekt, aber nicht im Auftrag der Landesregierung.

Die Politik muss sich diesem Thema stellen, auch deshalb stehen wir heute hier! Demokratie ist ein hohes Gut! Die AfD, Rechtspopulisten und Rechtsradikale untergraben sie. Demokratie lebt von mündigen Bürgerinnen und Bürgern, die sich aktiv für Gerechtigkeit, Chancengleichheit, für die im Grundgesetz festgelegten Grundrechte und staatsbürgerlichen Rechte, gegen Diskriminierung in einer pluralistischen Gesellschaft einsetzen und einsetzen können.

Die Grundlagen dafür werden in den Familien und in der Gesellschaft und ganz besonders in der Schule gelegt. Deshalb braucht Schule Lehrkräfte, die bereit sind, konsequent als Vorbilder für diese Ziele einzustehen und dabei auch unbequem sein können, dürfen und müssen.

Die AfD ist vor wenigen Wochen mit der Denunziationsplattform online gegangen. Die Denunziationsplattform ist eine Steilvorlage für Gemeinschaftskunde und jegliche Demokratiebildung. Sie zeigt überdeutlich, dass wir den Wert unserer Demokratie gegen Rechte und Rassisten verteidigen müssen. Wir brauchen Lehrkräfte, die Zivilcourage zeigen und sich nicht einschüchtern lassen. Ich ermutige alle Lehrkräfte, sich innerhalb und außerhalb der Schule klar gegen Ausgrenzung und für Vielfalt einzusetzen.

Der Einsatz für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ist uns Verpflichtung. Deshalb werden wir uns gemeinsam für die Aufarbeitung der Berufsverbote-Praxis einsetzen. Sie war ein demokratiefeindliches Vorgehen. Wir werden die Rehabilitation der Opfer weiterhin mit Nachdruck verfolgen!

Ich danke euch allen für euren Einsatz! Für eure Zivilcourage!

Ich wünsche uns allen viel Erfolg!